

AK-Fakten 2019: Öffentliche Finanzen

Öffentliche Finanzen zwischen Haushaltssanierung und Daseinsvorsorge

Das Thema öffentliche Finanzen wird im Saarland stark von der Verschuldungsproblematik des Landes und der Kommunen sowie den Wirkungen der Schuldenbremse dominiert. Neben den Beschränkungen auf der Ausgabenseite ist aber von erheblicher Bedeutung, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes in den letzten Jahren aufgrund wirtschaftsstruktureller Gegebenheiten weniger positiv als im Bundesdurchschnitt verlief.

Die im Jahr 2019 veröffentlichten Studien zu regionalen Ungleichgewichten in Deutschland, der Situation der Kommunen und zur Armut in Deutschland attestieren dem Saarland eine prekäre Situation. Hinzu kommen ein unzureichender Zustand des digitalen Breitbandausbaus, steigerungsfähige überregionale Verkehrsnetzanbindungen und verbesserungswürdiger ÖPNV sowie ein schlechter Zustand der öffentlichen Infrastruktur.

Die angemessene Bereitstellung der Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Land und Kommunen und die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Saarland im Vergleich zum Rest Deutschlands unterliegen den erheblichen Restriktionen der hohen Verschuldung, schwachen Steuereinnahmen und geringen Investitionsausgaben in den Haushalten des Landes und der Kommunen.

1. Das **BIP je Einwohner** im Saarland lag 2018 bei 36.243 Euro und damit 11,3 Prozent unter dem Durchschnitt der Bundesländer (40.851 Euro). Das BIP je Einwohner im Saarland nimmt im Bundesländervergleich Platz 10 ein.
2. In der Entwicklung seit 1991 zeigt sich, dass sich die **Schere der Wirtschaftskraft** zwischen dem Saarland und den wirtschaftlich leistungsstarken Bundesländern vergrößert hat.
3. Auch bei den **Steuereinnahmen** liegt das Saarland mit 3.250 Euro je Einwohner auf Platz 10 im Bundesländerranking und 9,62 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.
4. Der **Schuldenstand** des Saarlandes ist mit 13.920 Euro je Einwohner mit weitem Abstand der Spitzenplatz unter den Flächenländern. Nur die Stadtstaaten liegen über dem Saarland.
5. Die **Sanierung** des saarländischen Haushalts erfolgte im vergangenen Jahrzehnt über die jährliche Rückführung des strukturellen Defizits im Landeshaushalt um jährlich 125 Millionen Euro. 2020 ist der erste Haushalt ohne strukturelle Neuverschuldung geplant.
6. Die **Investitionen** des Saarlandes als Kennziffer für die staatliche Infrastrukturentwicklung liegen mit 204 Euro je Einwohner im Ländervergleich auf Platz 14 und betragen nur 34,7 Prozent des Länderdurchschnitts.
7. Die **Finanzschwäche der saarländischen Kommunen** drückt sich in der schwachen Steuereinnahmekraft von 1.093 Euro je Einwohner in Platz 8 im Ländervergleich aus. Die saarländischen Kommunen sind in der Pro-Kopf-Verschuldung von 3.652 Euro die Spitzenreiter unter den Flächenländern. Die Pro-Kopf-Investitionen von 203 Euro je Einwohner sind die mit Abstand geringsten im Ländervergleich und betragen nur 50 Prozent des Bundesdurchschnitts.

Hinweis zur Sprachform / Gender-Mainstreaming: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Sprachform verzichtet. Weibliche und männliche Personen sind damit gleichermaßen angesprochen.

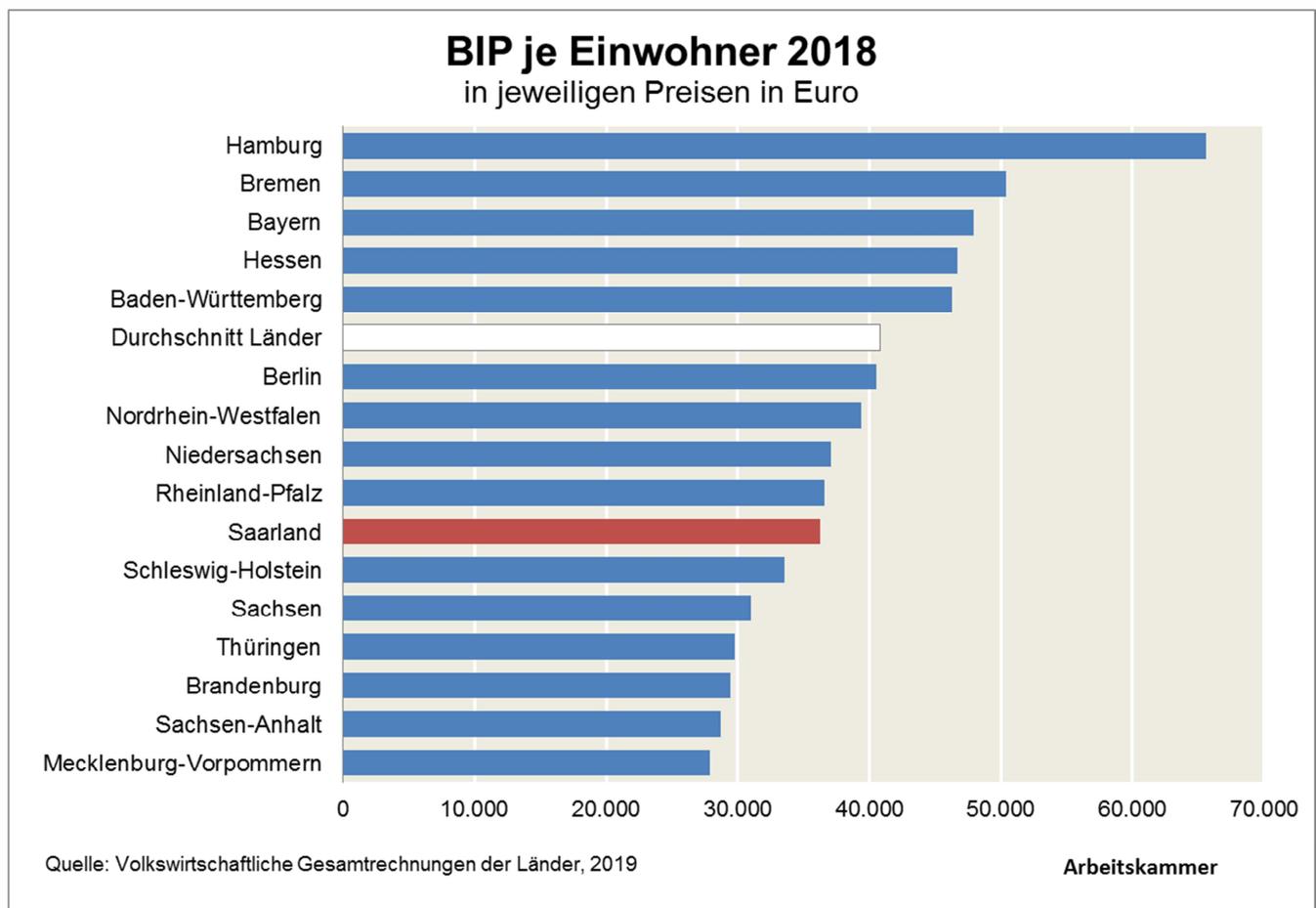
AK-Fakten 2019: Öffentliche Finanzen

Stand: 17.12.2019

1 Ursachen der saarländischen Finanzschwäche: Schwache Entwicklung des BIP

Die Betrachtung der Bruttoinlandsprodukte (BIP) pro Einwohner der deutschen Länder für das Jahr 2018 zeigt, dass das Saarland im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 40.851 Euro pro Einwohner ein unterdurchschnittliches BIP von 36.243 Euro aufweist. Die Schwäche der wirtschaftlichen Entwicklung ist auf konjunkturelle und strukturelle Entwicklungen zurückzuführen, von denen das Saarland durch die hohe Bedeutung von exportabhängiger Automobil- und Stahlindustrie besonders betroffen ist.

Während die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen deutlich überdurchschnittliche BIP-Zahlen aufweisen, reiht sich das Saarland mit einem BIP von 11,3 Prozent unterhalb des Bundesschnitts in die Gruppe ärmerer westdeutscher Länder ein. Hinter Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, und Rheinland-Pfalz liegt das saarländische BIP insgesamt auf Platz 10 im Bundesländervergleich. Von den westdeutschen Bundesländern schneidet lediglich Schleswig-Holstein schlechter ab.

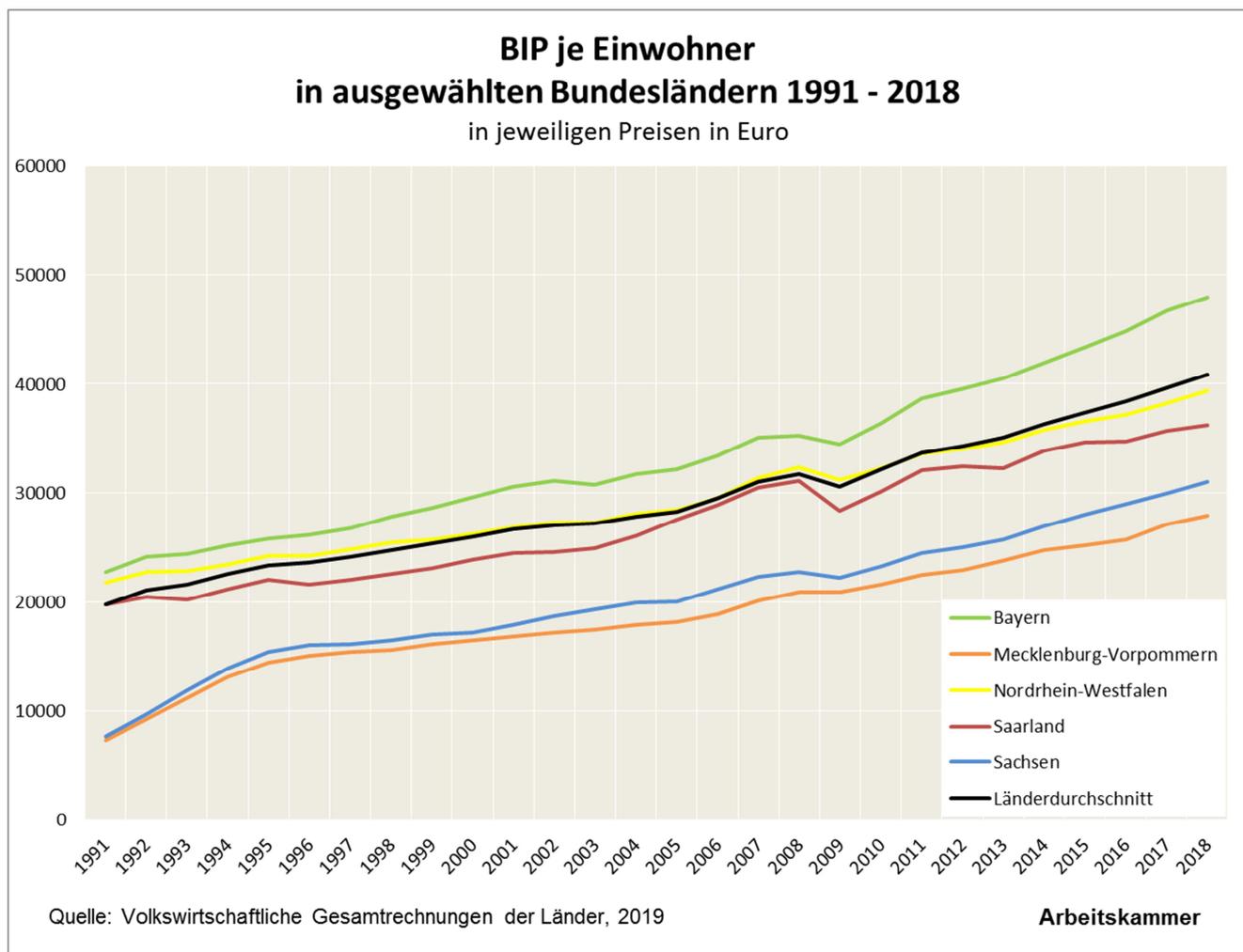


2. Wenig ermutigende Entwicklung des Saarlandes seit 1991

Die Betrachtung der Entwicklung der Bruttoinlandsprodukte pro Einwohner ausgewählter Länder seit 1991 verdeutlicht, dass die ostdeutschen Länder (hier: das im ostdeutschen Vergleich wirtschaftsstarke Sachsen und das eher strukturschwache Mecklenburg-Vorpommern) immer noch weit hinter den westdeutschen Ländern zurückliegen. Sie weisen jedoch eine BIP-Wachstumsrate seit 1991 von um die 300 Prozent aus, was auf einen bisher kaum gebremsten Aufholprozess hindeutet.

Demgegenüber haben sich die Unterschiede zwischen wirtschaftsstarke und -schwachen westdeutschen Bundesländern erheblich vergrößert. Während Bayern mit einem BIP-Wachstum von 111 Prozent seinen Abstand zum Länderdurchschnitt erheblich vergrößert hat, fallen das Saarland und Nordrhein-Westfalen im Zeitverlauf unter den Länderschnitt. Deren Wachstumsraten betragen nur etwa 80 Prozent. Damit öffnet sich die Schere der Wirtschaftskraft unter den westdeutschen Ländern zu Ungunsten von Ländern mit traditionellen Industrien.

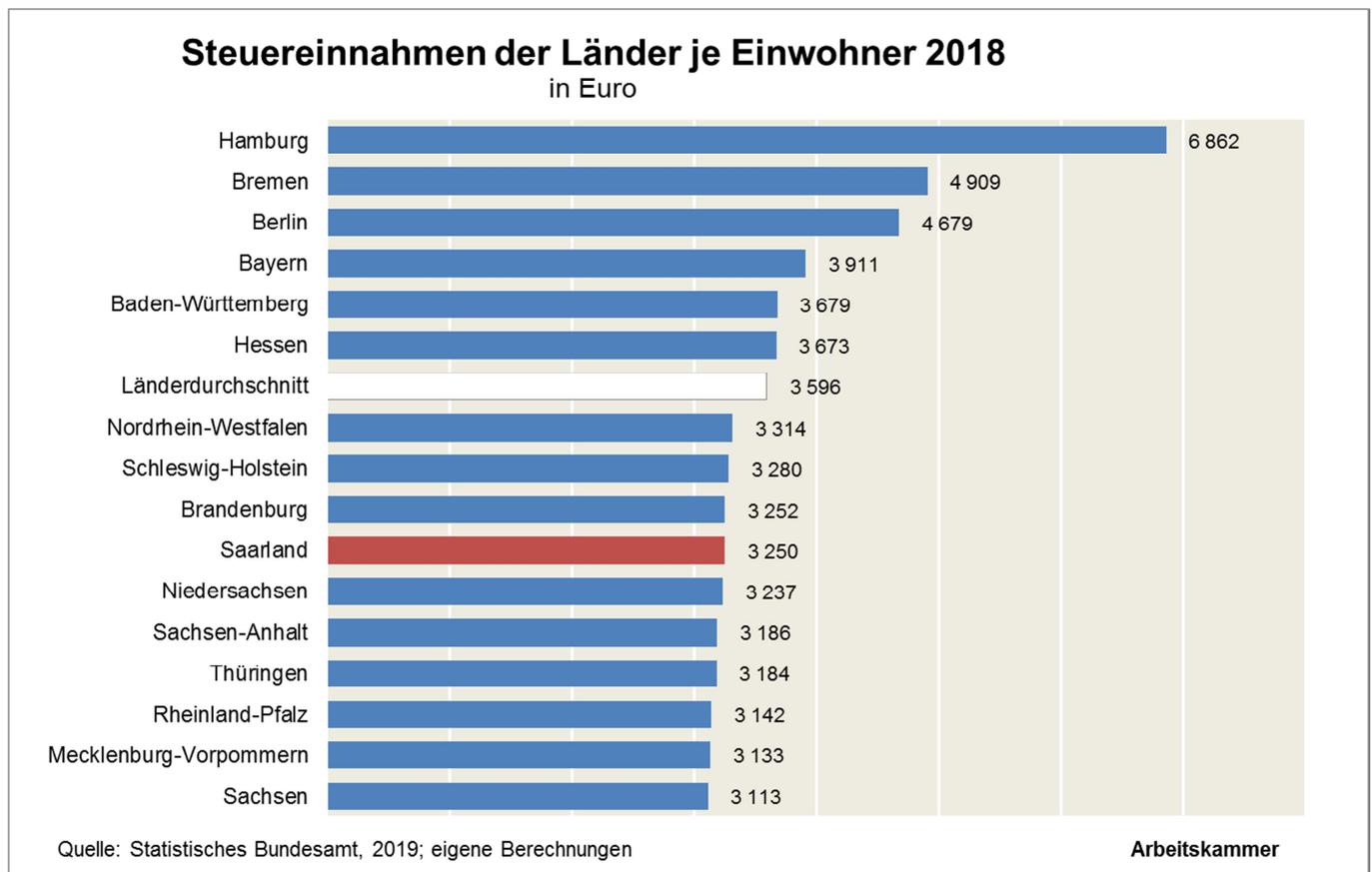
Insbesondere die verhaltene Entwicklung des saarländischen BIP je Einwohner seit 2009 zeigt, dass das Saarland die relativ positive gesamtdeutsche Wachstumsphase nicht im gleichen Maße wie andere Regionen realisieren konnte.



3. Geringe Steuereinnahmen

Die Entwicklung des BIP bildet sich in der Steuereinnahmekraft der einzelnen Länder deutlich ab. Die Grafik zeigt nur die Steuereinnahmen der Länder, nicht die der Kommunen (siehe hierzu unter Fakt 7 weiter hinten).

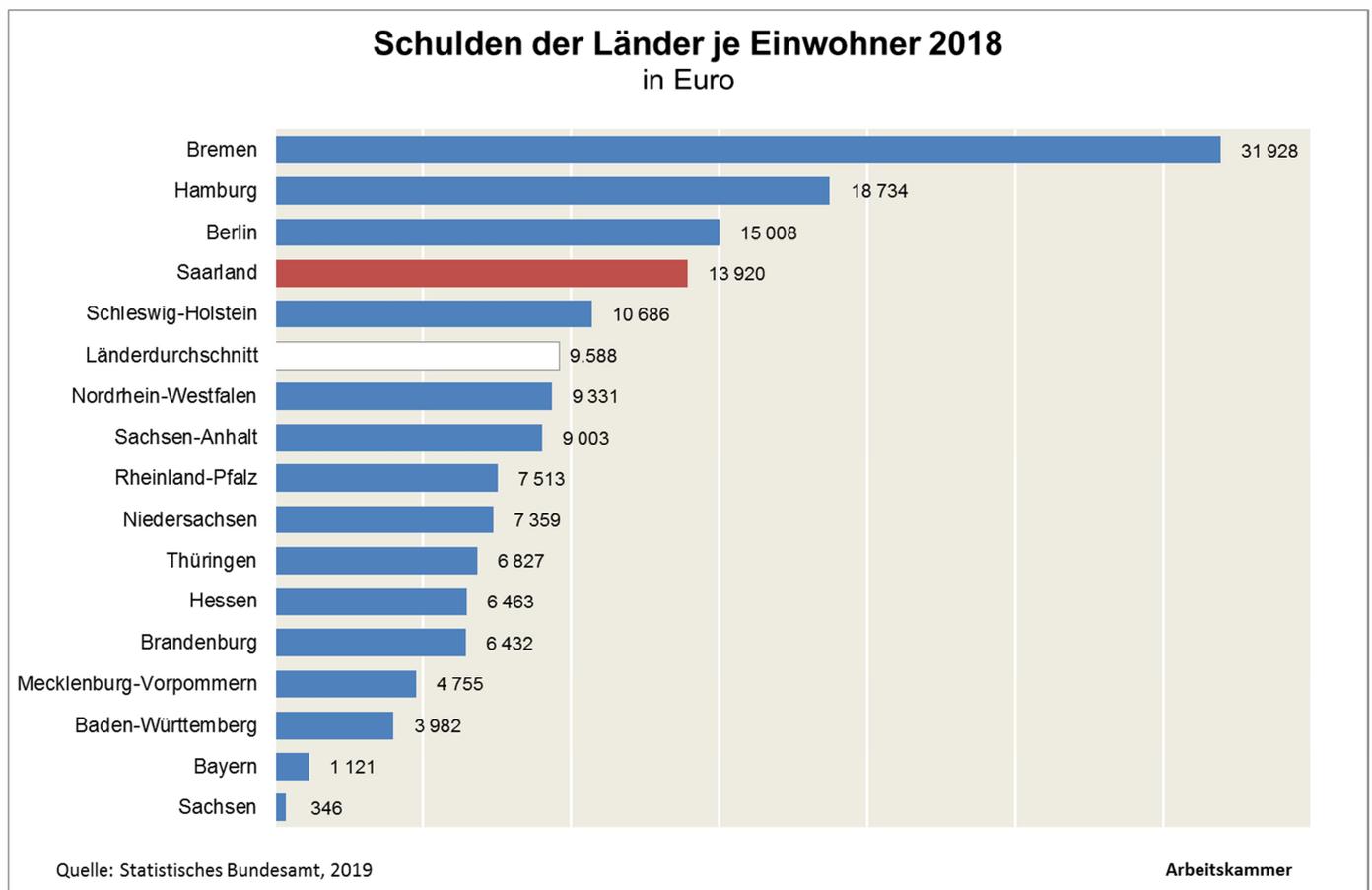
Mit Steuereinnahmen von 3.250 Euro je Einwohner liegt das Saarland 9,6 Prozent unter dem Länderdurchschnitt von 3.596 Euro und damit, wie beim BIP, auf Rang 10 im Bundesländervergleich. Die Steuereinnahmen je Einwohner zeigen zwei Bundesländergruppen: die prosperierenden westdeutschen Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sowie die Stadtstaaten, deren Steuereinnahmen sich deutlich von der zweiten Gruppe – den weniger wirtschaftlich erfolgreichen Flächenländern – abheben. Das Saarland nimmt in der letztgenannten Gruppe eine Mittelstellung ein.



4. Hoher Schuldenstand

Der Schuldenstand pro Einwohner liegt im Saarland derzeit bei 13.920 Euro. Damit liegt es auf Platz 4 der Länder und auf Platz 1 der Flächenländer. Zum Vergleich: Das ebenfalls mit dem Strukturwandel der traditionellen Industrien konfrontierte Nordrhein-Westfalen weist mit 9.331 Euro Schulden pro Einwohner nur zwei Drittel der Schulden des Saarlandes je Einwohner auf.

Neben strukturellem Finanzierungssaldo je Einwohner, Kreditfinanzierungsquote und Zins-Steuer-Quote sind die Schulden je Einwohner eine zentrale Kenngröße, um eine drohende Haushaltsnotlage festzustellen. Diese wurde für das Saarland 2011 festgestellt. Das Saarland hat im gleichen Jahr ein Haushaltssanierungsprogramm aufgelegt, das unter anderem die Rückführung des strukturellen Defizits, also der jährlichen Neuverschuldung vorsieht. Dieses Sanierungsprogramm wird vom Stabilitätsrat halbjährlich überwacht.



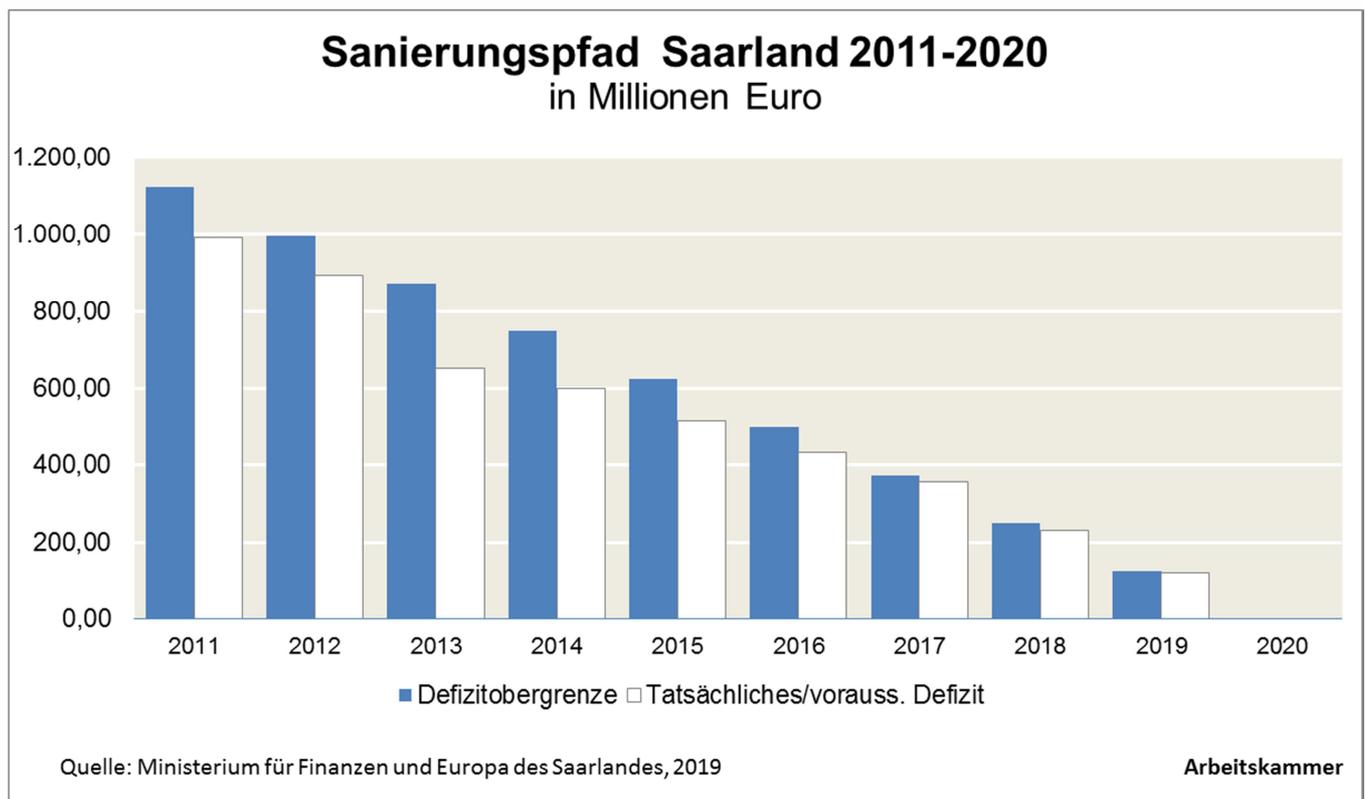
5. Konsolidierungskurs im Rahmen der Schuldenbremse

Mit Einführung der Schuldenbremse in Art. 109 Abs. 3 GG und 115 GG im Jahr 2009 wurden am europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt orientierte Regeln der Haushaltsführung für Bund und Länder eingeführt. Für die Länder besteht seit Inkrafttreten der Schuldenbremse mit Beginn des Haushaltsjahres 2011 ein Verbot, laufende Ausgaben aus Krediten zu finanzieren.

Allerdings wurden mit Inkrafttreten der Schuldenbremse zum Haushaltsjahr 2011 den stark mit strukturellen Defiziten belasteten Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein Konsolidierungshilfen im Rahmen der vom Stabilitätsrat überwachten Haushaltssanierungsprogramme zugebilligt. Diese wurden für das Saarland und Bremen 2017 bis zum Jahr 2020 verlängert und sind weiterhin an den Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits geknüpft. Der Abbau des strukturellen Defizits erfolgte im saarländischen Landeshaushalt in neun gleich großen Schritten von 2011 bis 2019, indem jedes Jahr 125 Millionen Euro weniger an Neuverschuldung im Haushalt des Saarlandes angesetzt wurden.

Abschluss dieses strikten Sanierungskurses beim Landeshaushalt wird das Haushaltsjahr 2020 sein; dann ist ein Landeshaushalt ohne strukturelle Verschuldung geplant. Gleichzeitig wurden bereits 2018 Schulden des Landes aus Überschüssen in Höhe von 73 Millionen Euro getilgt.¹

Mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 wird das Saarland erhöhte Zuwendungen im föderalen System erhalten und statt Konsolidierungshilfen Sanierungshilfen des Bundes empfangen.



¹ Das strukturelle Defizit bezeichnet die Finanzierungslücke des Staatshaushalts, die unabhängig von konjunkturellen Schwankungen besteht und bezieht sich auf ein Haushaltsjahr. Davon zu unterscheiden sind die Staatsschulden, die die Summe der vergangenen Defizite des Staates darstellen.

6. Geringe Investitionen

Das Saarland nimmt bei den Investitionen je Einwohner im Jahr 2018 den drittletzten Platz unter den Bundesländern ein. Hier wird je Einwohner nur halb so viel wie in Thüringen und rund 65 Prozent weniger als im Länderdurchschnitt investiert. Neben den mit der Aufrechterhaltung großstädtischer Infrastrukturen in einer Ausnahmeposition stehenden Stadtstaaten investiert das eher strukturschwache Schleswig-Holstein relativ stark. Auch die ostdeutschen Länder liegen in den Investitionsausgaben bei mehr als dem Doppelten des Saarlandes.

Investitionen werden für notwendige Instandhaltungen, die Bereitstellung öffentlicher Güter, aber auch die Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur eingesetzt. Sie sind eine wichtige Kennzahl für die Aktivität des Staates bei der Infrastrukturentwicklung.

Der im Saarland derzeit verstärkt spürbare Strukturwandel erfordert flankierende Investitionen der öffentlichen Hand, um die Transformationsprozesse der Industrie ökologisch und sozial zu gestalten. Die Förderung zukunftssträchtiger Technologien, Produktionstechniken und die Schaffung innovativer und attraktiver Beschäftigungsmöglichkeiten kann über Investitionen des Landes gestärkt werden.

Mit dem Haushalt 2020, der gewisse neue Spielräume eröffnet, soll im Saarland das „Jahrzehnt der Investitionen“ eingeläutet werden. Für die erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels benötigt das Saarland unbedingt Fördermittel von Bund und EU.

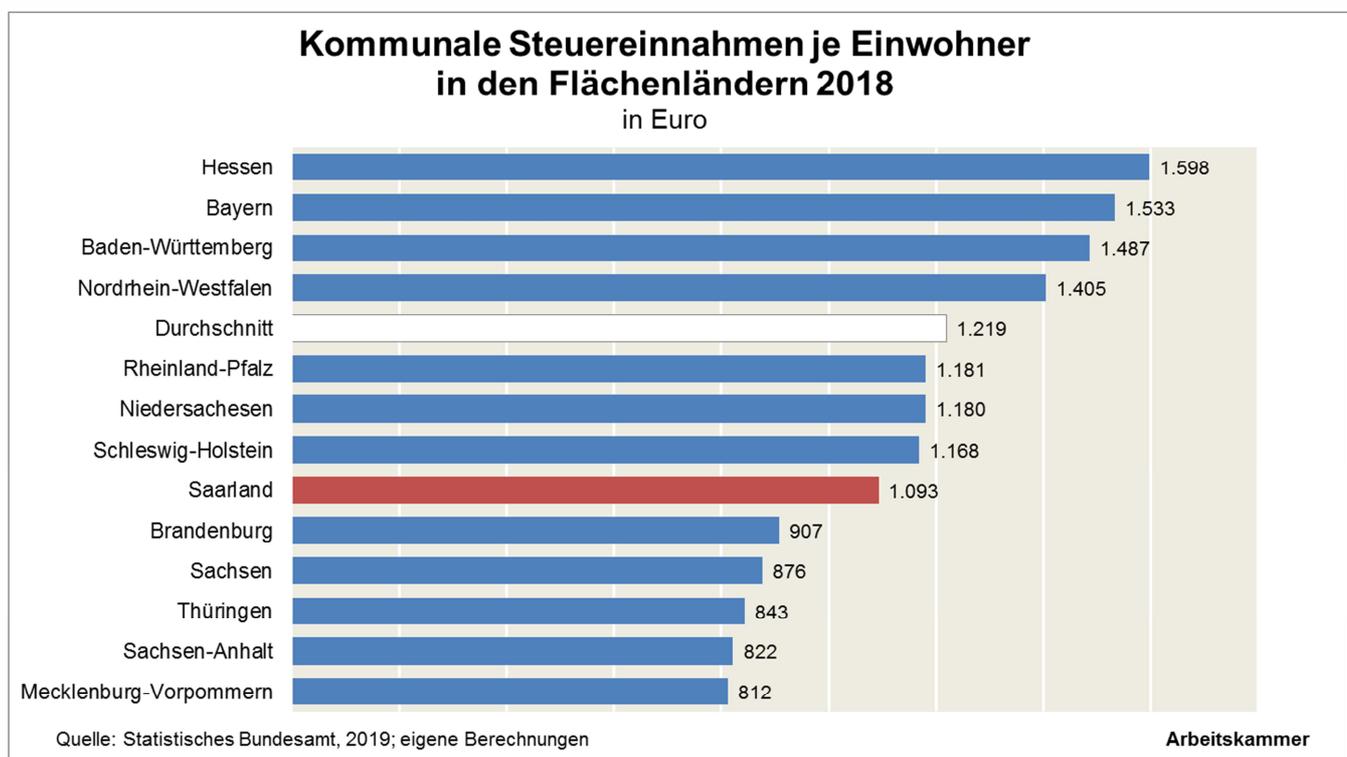


7. Saarländische Kommunen im Bundesländervergleich

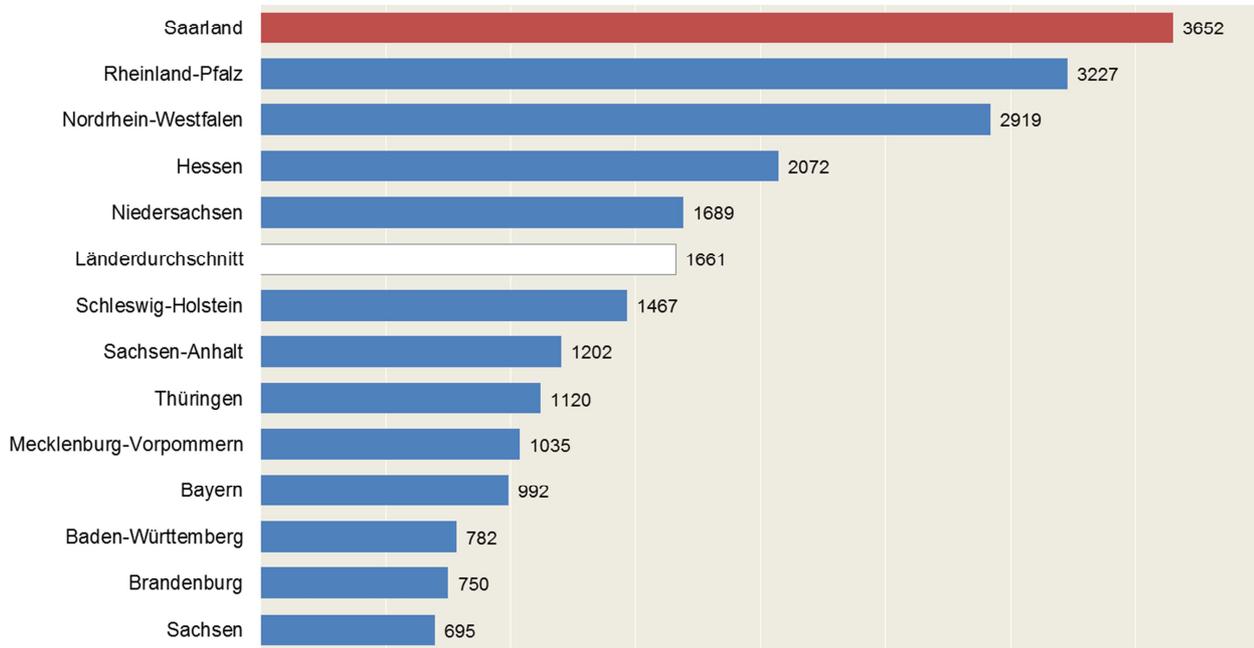
Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die saarländischen Kommunen könnte durch den 2019 in Leben gerufenen „Saarland-Pakt“ in weniger angespannte Haushaltsjahre starten. Mit diesem Entschuldungsprogramm über 45 Jahre übernimmt das Land einen Anteil der Kassenkredite und sorgt so für eine schrittweise und über die Zeit immer stärker wirksam werdende Entlastung der kommunalen Haushalte.

Zu Beginn dieser Entlastung sind die Daten zur Einnahmesituation der saarländischen Kommunen wenig erfreulich: Unter den Flächenländern rangiert das Saarland bei den kommunalen Steuereinnahmen von durchschnittlich 1.093 Euro pro Einwohner zwar noch vor allen ostdeutschen Ländern, aber deutlich hinter den ärmeren westdeutschen Ländern. Der Befund aus Fakt 2, dass das BIP je Einwohner des Saarlandes sich deutlich unter den Bundesdurchschnitt entwickelt hat, drückt sich auch in der Steuereinnahmekraft der Gemeinden aus. Die deutlich unterdurchschnittlichen kommunalen Steuereinnahmen begrenzen, zusammen mit der hohen Schuldenlast, die Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.

Die saarländischen Kommunalschulden weisen im Vergleich der Flächenländer den Spitzenwert von 3.652 Euro je Einwohner aus. Betrachtet man die kommunalen Pro-Kopf-Investitionen, so liegen die saarländischen Kommunen auf dem letzten Platz der Flächenländer mit 203 Euro je Einwohner. Dieser Wert liegt 100 Euro unter dem nächstschwächeren von Sachsen-Anhalt und beträgt nur 50 % des Länderdurchschnitts.



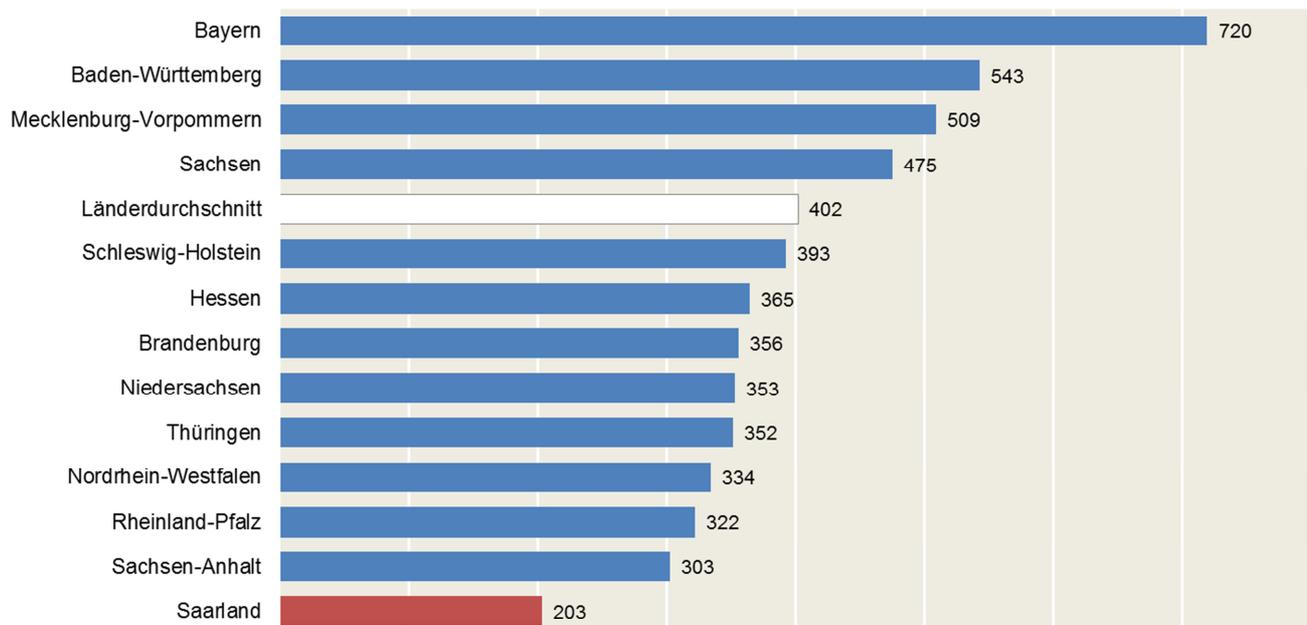
Kommunale Schulden je Einwohner in den Flächenländern 2018 in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2019; eigene Berechnungen

Arbeitskammer

Kommunale Investitionen je Einwohner in den Flächenländern 2018 in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt 2019; eigene Berechnungen

Arbeitskammer